



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2021/0343

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

15.01.2021

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Rat der Stadt Leverkusen	20.01.2021	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Ausbaupläne der A1 und A3 zu Lasten von Leverkusen verhindern
- Antrag von Aufbruch Leverkusen vom 14.01.2021

Anlage/n:

0343 - Antrag



im Rat der Stadt Leverkusen

Aufbruch Leverkusen - im Rat der Stadt Leverkusen -
Gartenstr. 3-51379 Leverkusen

Tel.: 02171 / 40 49 49
Fax: 02171 / 40 49 51

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

per E-Mail: sitzungsdienst@stadt.leverkusen.de

Leverkusen, 14.01.2021

Antrag: Ausbaupläne der A1 und A3 zu Lasten von Leverkusen verhindern!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der anberaumten Sondersitzung des Rates:

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Die Stadt Leverkusen verpflichtet sich keine Flächen zu verkaufen, die für den geplanten oberirdischen Autobahnausbau benötigt werden.**
- 2. Die Stadt Leverkusen verpflichtet sich Genehmigungen, die die Verwaltung für die Bauarbeiten, für Zufahrtswege, Durchfahrtserlaubnisse auf städtischen Grundstücken und Baustraßen erteilen müsste, nicht zu erteilen.**
- 3. Die Leverkusener Stadtverwaltung wird beauftragt nochmals sämtliche Finanzierungsmöglichkeiten für die unterirdischen Varianten zu berechnen und der Öffentlichkeit vorzustellen.**

Begründung:

Ende November 2020 ließ die von CDU/CSU und SPD getragene Bundesregierung mitteilen, dass der Autobahnausbau für die A1 und die A3 in Leverkusen oberirdisch erfolgt. Damit waren die von den Bürgern in Leverkusen mit übergroßer Mehrheit favorisierten unterirdischen Ausbauvarianten vom Tisch.

CDU und SPD spielen sich hingegen mit ihren Repräsentanten vor Ort gerne als Sachwalter der Leverkusener Bürgerinteressen auf. Die von ihnen dann getroffenen

tatsächlichen politischen Entscheidungen in Berlin oder Düsseldorf sprechen dann bekanntlich eine völlig andere Sprache.

CDU und SPD, die sich in Leverkusen vehement über ihre örtlichen Repräsentanten für unterirdische Ausbauvarianten ausgesprochen haben, beschließen dann auf Bundes- bzw. Landesebene genau das Gegenteil.

Der Leverkusener Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach (SPD), der selber als Angehöriger der Großen Koalition in Berlin die verhängnisvollen oberirdischen Ausbaupläne zu vertreten hat, ruft nun in Leverkusen zum zivilen Ungehorsam auf. Besonders glaubwürdig ist das nicht! Es ist 5 nach 12! Jetzt muss der politische und juristische Widerstand gegen die skandalösen Berliner Pläne organisiert werden.

Der Leverkusener Stadtrat ist daher jetzt gefordert das umzusetzen, was Karl Lauterbach unter „zivilen Ungehorsam“ versteht. Ziviler Ungehorsam bedeutet, dass sich die Stadt Leverkusen der Umsetzung der Berliner CDU- und SPD-Beschlüsse verweigert.

Die Stadt Leverkusen muss nun die fälligen Genehmigungen für die gefährlichen Autobahnauspläne schlicht verweigern. Darüber hinaus darf die Stadt auch keine Flächen verkaufen, die CDU und SPD für den oberirdischen Autobahnausbau benötigen.

Es hilft nur noch eine Verweigerungshaltung und ein zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die oberirdischen Ausbaupläne.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Beisicht

- Aufbruch Leverkusen -